

Knapp einen Monat nach der gewaltsamen Tötung von George Floyd in Minneapolis stehe ich wie viele andere immer noch unter Schock. Über Wochen kam es weltweit zu Demonstrationen von Hunderttausenden gegen den gewaltsamen Tod des in Handschellen auf dem Boden Liegenden. Fast neun Minuten dauerten die Todesqualen George Floyds. In einer Zeit, in der sich Viele über anlaufende Lockerungen der Corona-Beschränkungen freuen, wirkte übergriffiges Handeln der Staatsmacht wie eine Lunte. Durch die Medien wurde deutlich, dass polizeiliche Übergriffe sich in besonderem Maße gegen Minderheiten im Lande richten, wobei insbesondere ihre Hautfarbe sie zum Angriffsziel werden lässt.

In die Diskussion geraten sind die strukturelle Gewalt gegenüber einer Gruppe von Menschen, die nicht zuletzt wegen ihrer Hautfarbe erheblich benachteiligt wird, bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, bei der Schulbildung. Ihr Risiko, einer verdachtsunabhängigen Personenkontrolle unterzogen zu werden, bei der Verfolgung von Straftaten an vorderster Stelle möglicher Verdächtiger zu stehen, bei der Strafzumessung erheblich härter bestraft zu werden, ist nicht nur in den Vereinigten Staaten um ein Vielfaches höher als für den Durchschnitt der Bevölkerung.

Auch bei uns ist strukturelle Gewalt gegen Menschen mit schwarzer Hautfarbe gar nicht mal so selten. In Bremen bewegte der Todesfall Laya-Alama Condés vor 15 Jahren kritisch Denkende. Aufgrund eines vagen Verdachts, er handle mit Drogen und habe sie bei einem polizeilichen Zugriff verschluckt, wurden ihm gewaltsam Brechmittel eingeflößt, woran er aufgrund einer nicht vorher untersuchten Vorerkrankung verstarb.

In Bristol wurde das Denkmal eines Großkaufmanns ins Meer gestoßen, der seinen Reichtum mit Sklavenhandel gemacht hatte. Auch bei uns in Bremen ist die Rolle der hanseatischen Kaufmannschaft in den vergangenen beiden Jahrhunderten verstärkt in die Diskussion geraten. Zu den Finanziers des transatlantischen Dreieckshandels gehörten die Brüder Baring, beteiligt an der Company of Merchants Trading to Africa, und die Dravemanns, die in Bordeaux als Reeder am Sklavenhandel beteiligt waren.

Kürzlich wurde ein Schreiben Bürgermeister Smits gefunden, in dem er sich vehement für die Rückführung eines entlaufenen Sklaven in die USA ausspricht. Straßennamen in Walle und Oslebshausen erinnern an die unter Mitwirkung Bremer Kaufleute Ende des 19. Jahrhunderts eingenommenen Schutzgebiete. Nichts erinnert aber an die hingerichteten Wortführer der Aufstände gegen diese gewaltsame Landnahme.

Wir werden noch einen langen Weg der Aufarbeitung unserer Geschichte vor uns haben. Sie ist aber Voraussetzung, um die Hintergründe für die strukturelle Gewalt gegen Minderheiten zu erkennen und dagegen gewappnet zu sein, sie immer aufs Neue zu wiederholen.

Persönliche Erklärung von Raimund Gaebelein (Linksfraktion Gröpelingen) anlässlich der Beiratssitzung am 24. Juni 2020